



**SPD**

# **FINANZBERICHT DES SCHATZMEISTERS**

*2015/2016*



**PARTEITAG BERLIN**  
*7. bis 9. Dezember 2017*



**FINANZBERICHT  
DES  
SCHATZMEISTERS**

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands**

Willy-Brandt-Haus

Wilhelmstr. 141

10963 Berlin

Tel. 030 / 2 59 91-0

[www.spd.de](http://www.spd.de)

Verantwortlich: Dietmar Nietan MdB

Erschienen: Dezember 2017

Gestaltung: Ann Katrin Siedenburg

Druck: Dräger und Wullenwever

A large red rectangular box containing the word "INHALT" in white, bold, uppercase letters, serving as a title for the table of contents.

**Vorwort 6**

**1. Einnahmeentwicklung 11**

1.1 Die Einnahmen aus Beiträgen 11

1.2 Die staatliche Teilfinanzierung 12

1.3 Die Einnahmen aus Spenden 13

1.4 Die Einnahmen aus Sponsoring 14

1.5 Die Einnahmen aus Vermögen 15

1.6 Parteiinterner Finanzausgleich 16

**2. Mittelbewirtschaftung und Haushaltsentwicklung 18**

**3. Strukturhilfen für die ostdeutschen Landesverbände 19**

**4. Der Unternehmensbereich 21**

4.1 Immobilienbereich: Konzentration GmbH,  
Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH 21

4.2 Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH 25

**5. Finanzen der Gesamtpartei im Vergleich 29**

## VORWORT

Liebe Genossinnen und Genossen,

die langfristige Bewahrung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stellt für mich nach wie vor den Maßstab meiner Arbeit als Schatzmeister dar.

Kein Schatzmeister und keine Schatzmeisterin der Partei wird je behauptet haben, dass seine oder ihre Arbeit durch die Entwicklungen der vergangenen Jahre einfacher geworden oder die Finanzlage der Partei rosiger geworden sei – so etwas verbietet sich schon qua Amt. Wenn ich in diesem Finanzbericht aber feststellen muss, dass wir vor großen Herausforderungen stehen, dann erklärt sich die Ernsthaftigkeit dieser Herausforderungen im Wesentlichen aus den massiven Stimmenverlusten der SPD bei einigen Landtagswahlen und insbesondere der Bundestagswahl 2017. Diese wirken sich auf die Verteilung der staatlichen Mittel erheblich aus und engen die finanziellen Spielräume der Partei mindestens für die Zeit der laufenden Legislaturperiode spürbar ein.

Auf diese Tatsache müssen wir eine politische Antwort finden, die nicht Mangel verwaltet, sondern die Partei so weiterentwickelt, dass diese im digitalen Zeitalter erfolgreich kommunizieren und ihre Mitglieder aktivieren und beteiligen kann, dabei jederzeit kampagnenfähig ist und überzeugende Antworten auf die drängenden Fragen der Zeit entwickelt.

Es ist ein Grund zur Freude und Zuversicht, dass unsere Partei seit Anfang 2017 mehr als 26.000 neue Mitglieder aufnehmen konnte. Dieser Zuwachs ist eine große Chance und zugleich eine große Verpflichtung für uns: Wenn wir unsere Mitglieder langfristig für eine aktive Arbeit gewinnen wollen, dann müssen wir heute unsere Partei verändern. Hierbei wird es auch darum gehen, wie wir unsere finanziellen Ressourcen am besten einsetzen.

Vor diesem Hintergrund ist es eine unabdingbare Notwendigkeit, die bisherige Ausgabenpolitik des SPD-Parteivorstandes einer gründlichen Neubewertung und einer daraus hervorgehenden Prioritätensetzung zu unterziehen. Nur so kann die politische und finanzielle Handlungsfähigkeit der SPD auch in Zukunft sichergestellt werden.

Und wenn wir von Ausgaben reden, müssen wir vor allem auf die großen Kostenblöcke schauen: Wahlkämpfe und Personalkosten. Wir werden die Aufgabe zu meistern haben, mit geringeren Mitteln erfolgreiche Wahlkämpfe zu organisieren und mit weniger Personal trotzdem die ehrenamtlichen Strukturen in der Fläche zu entlasten. Dies wird nur funktionieren, wenn wir unsere vorhandenen Ressourcen mit großem Bedacht einsetzen.

Wenn wir als Folge der Bundestagswahl-niederlage 2017 jetzt die SPD wirklich konsequent erneuern wollen, müssen wir unsere Bemühungen, das Willy-Brandt-Haus noch mehr als bisher zu einer Serviceeinrichtung für alle Gliederungen weiter zu entwickeln, verstärken. Es geht darum, am Ende die Dienstleistungen zu erbringen, die die Gliederungen auch wirklich brauchen. Ziel muss es außerdem sein, administrative Abläufe so zu vereinfachen, dass vor Ort wieder mehr Zeit dafür vorhanden ist, Politik zu machen.

Es gibt gute Beispiele dafür, wie z. B. durch die Bündelung von administrativen Aufgaben in regionalen Service-Centern unnötige Kosten vermieden und zugleich auch aktive Mitglieder und hauptamtliche Mitarbeiter vor Ort von Verwaltungsarbeit entlastet werden können. Dies wird nur mit einer abgestimmten Personalentwicklung für die Gesamtpartei gelingen.

In guten Gesprächen mit den Verantwortlichen aus Landesverbänden und Bezirken konnte die Schatzmeisterei die Vorarbeiten für neue Formen der Zusammenarbeit zwischen dem Parteivorstand und den Landesverbänden bzw. Bezirken abschließen. Nach dem ordentlichen Parteitag 2017 sollen in ersten Modellprojekten diese neuen Kooperationsformen in der Praxis verankert werden. Es ist das Ziel in den Bereichen Administration, Organisations- und Personalentwicklung sowie der Kampagnenfähigkeit zu Kooperationen zu kommen, die die Gesamtpartei sowohl finanziell, als auch vom Arbeitsaufwand her spürbar entlasten. Dazu werden wir mit den Landesverbänden bzw. Bezirken gemeinsame Zielvereinbarungen erarbeiten, um verlässliche und ergebnisorientierte Arbeitsstrukturen zu schaffen.

Der Parteivorstand hat in seiner Sitzung im Juli diesen Jahres beschlossen, in den nächsten Jahren auf allen Ebenen



Dietmar Nietan MdB, Schatzmeister der SPD. Foto: Susie Knoll

der Partei erhebliche Investitionen in den Bereichen der EDV-Ausstattung, moderner Informations- und Kommunikationsplattformen sowie eines professionellen Datenmanagements für erfolgreiche Wahl- und Kommunikationskampagnen auf den Weg zu bringen. Nur so können wir unter den Rahmenbedingungen des „Digitalen Zeitalters“ überhaupt noch kampagnen- und kommunikationsfähig bleiben. In der Nutzung digitaler Möglichkeiten liegt auch eine große Chance, mehr Räume für politische Arbeit zu öffnen, Mitglieder zu aktivieren, administrative Abläufe zu vereinfachen und auf mittlere Sicht Geld zu sparen. Der Weg dorthin wird ein Kraftakt, für den PV und die Bezirke bzw. Landesverbände, aber einer der sich lohnt. Er wird gelingen, wenn wir in Zukunft nicht nur enger zusammenarbeiten, sondern auch unsere jeweiligen Ressourcen gut aufeinander abgestimmt einsetzen.

Einen nicht unerheblichen Teil unseres Vermögens machen unsere Immobilien aus. Um dieses Immobilienvermögen gut zu verwalten, instand zu halten und nach Möglichkeit weiterentwickeln zu können, habe ich als Treuhänder den

Geschäftsführer der Konzentration GmbH Anfang 2014 mit einer grundlegenden Restrukturierung dieses Bereichs beauftragt. Im Ergebnis konnte die Werthaltigkeit und die Liquidität unseres Immobilienbereichs deutlich verbessert werden. Ich verweise hier auf das Kapitel 4.1 dieses Finanzberichtes.

Es ist mir eine große Freude, dass es uns nach vielen mühevollen Anläufen in diesem Jahr endlich gelungen ist, zusammen mit unseren Partnern, der Arbeiterwohlfahrt Sachsen, der sächsischen SPD und der Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung mit dem Bau des „Herbert-Wehner-Hauses“ in Dresden zu beginnen. Dies ist ein wichtiges Zeichen für die Sozialdemokratie, sicherlich nicht nur in Sachsen! Wir gehen davon aus, zum Jahresbeginn 2019 den Bau vollenden zu können. Die SPD wird dann auch in der sächsischen Landeshauptstadt mit einer eigenen attraktiven Immobilie an einer städtebaulich markanten Stelle vertreten sein. In diesem Zusammenhang möchte ich allen danken, die mich bei meinem Bemühen, das Herbert-Wehner-Haus doch noch Wirklichkeit werden zu lassen, so großartig unterstützt haben. Namentlich sei hier stellvertretend für alle anderen Genossinnen und Genossen Jürgen Schmude genannt.

Die in der ddvg gebündelten Beteiligungen bilden zusammen mit dem Immobilienbereich den Kern des heutigen Parteivermögens. Diese Beteiligungen leisten seit vielen Jahren einen stabilen Beitrag zur Finanzierung der Partei und sichern zugleich die Existenz parteinaher Dienstleistungsunternehmen ab.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal daran erinnern, dass dieses heutige Vermögen der Partei auf der großen Tradition des Kampfes für Freiheit und Emanzipation beruht. Die Bewahrung und Weiterentwicklung dieses Vermögens muss dieser Entstehungsgeschichte Rechnung tragen. Es gibt eine historische Verpflichtung gegenüber den Generationen von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die mit ihrem „Arbeitergroschen“ der SPD eigene Druckereien und Zeitungen im Kampf gegen die Unterdrückung ermöglicht haben. Diese unter oft entbehrungsreichen Umständen geschaffenen Werte sind heute zum größten Teil in Form von Beteiligungen an Printmedien in der ddvg organisiert. Dieses Vermögen darf nicht

kurzfristigen Finanzbegehrlichkeiten der Partei untergeordnet werden, sondern muss durch eine umsichtige Unternehmenspolitik auch zukünftig einen spürbaren Beitrag zur finanziellen Unabhängigkeit der SPD leisten!

Ich habe deshalb als Treuhänder der ddvg unseren Unternehmensbereich in umfassender Weise extern begutachten lassen, um aus den Erkenntnissen dieser Gutachten die ddvg so weiter zu entwickeln, dass sie auch weiterhin mit einem modernen und nachhaltigen Geschäftsmodell für die Zukunft gut aufgestellt ist.

Im Jahre 2016 hat der SPD Parteivorstand auf meinen Vorschlag hin einen neuen verjüngten Treuhandaufsichtsrat berufen, der nicht nur mehr „digitale“ Kompetenz beinhaltet, sondern bei seiner Berufung auch zum ersten Mal hinsichtlich der beiden Geschlechter quotiert war.

Ich freue mich, dass unser Unternehmensbereich auch weiterhin mit stabilen Ergebnissen zu den Einnahmen bei der SPD beitragen konnte. Das Unternehmensergebnis der ddvg zeigt seit 2013 ein stabil positives Bild.

Ich habe oben über die Geschichte des Unternehmensbereichs und die daraus resultierende Verantwortung gesprochen. Diese Verantwortung endet nicht beim Erhalt und der Entwicklung der reinen Vermögenswerte, sondern wir haben auch einen politischen Anspruch dahingehend, was wir tun und wie wir es tun. Die Medien sind in den vergangenen Jahren unter ökonomischen und zuletzt auch unter politischen Druck gekommen. Wenn es salonfähig wird, Worte wie „Lügenpresse“ zu verwenden, dann steckt hierin ein Angriff auf die freie Presse und das freie Wort. Aufgrund unserer historischen Wurzeln sehe ich unsere Unternehmen in einer besonderen Verantwortung, den Feinden der Freiheit, die zurzeit Morgenluft wittern, entschieden entgegen zutreten: Gegenüber Intoleranz, Rassismus, Nationalismus und Demokratiefeindlichkeit gibt es keine Neutralität.

Die ddvg hat sich hierzu bereits klar positioniert und wird dies auch weiter tun.

Wichtig bleibt es aber auch, die ökonomischen Herausforderungen der Digitalisierung zu meistern. Neben Innovation wird es vor allem darauf ankommen, einen qualitativ hochwertigen Journalismus zu bieten. Schon in den vergangenen Finanzberichten wurde geschildert, dass die Tarifstruktur in den Verlagen erodiert. Es versteht sich von

selbst, dass wir dies mit Sorge sehen und hoffen, dass die Tarifparteien sich auf neue Tarifmodelle verständigen können, die geeignet sind, dem Wandel in der Medienbranche Rechnung zu tragen.

Da die Medienstrukturkrise die oben genannten politischen und ökonomischen Herausforderungen bietet, ist es angemessen, die Anforderungen, die wir an das Handeln unseres Unternehmensbereichs haben, offen zu diskutieren und auch in einem „Code of Conduct“ oder vergleichbarem Regelwerk zu fassen.

Nachdem die „Sponsoring-Praxis“ sogenannter „Vorwärtsgespräche“ unserer damaligen Agentur Network Media (NWMD) dem Ansehen dieser Agentur und der SPD selbst großen Schaden zugefügt hat, habe ich als Treuhänder sofort entsprechende Konsequenzen gezogen. Das erwähnte Veranstaltungsformat wurde unmittelbar eingestellt. Nach einer umfangreichen Untersuchung wurden sämtliche gesponserten Vorwärtsgespräche des betroffenen Zeitraums mit den Namen der Sponsoren und der exakten Summe des gesponserten Geldbetrages veröffentlicht. Auch wenn Gesetzesverstöße nicht festgestellt werden konnten, ist deutlich geworden, dass die Agentur einen Neuanfang brauchte. Die Agentur wurde umgebaut und arbeitet jetzt mit neuer Führung unter dem Namen „Agentur für strategische Kommunikation“ (ASK) mit einem neuen Portfolio, welches sich deutlicher an den Bedarfen der Partei und den betriebswirtschaftlichen Gegebenheiten orientiert.

Jetzt, wo sich die SEB aus dem Geschäftskundensegment, zu welchem auch die SPD zählte, zurückgezogen hat, zeigt es sich, wie richtig unsere Entscheidung war, die Berliner Sparkasse als neue „Hausbank“ des SPD Parteivorstandes zu gewinnen. Die Zusammenarbeit mit der Berliner Sparkasse bezieht auch den gesamten Unternehmensbereich mit ein, sodass wir die Voraussetzungen für ein gemeinsames „Liquiditätsmonitoring“ des PV und seiner Unternehmen geschaffen haben. Darüber hinaus sehen wir unsere Zusammenarbeit mit der Berliner Sparkasse auch noch einmal als ein politisches Zeichen der Sozialdemokratie für den Sparkassensektor.

Seit meinem Amtsantritt setze ich mich als Schatzmeister für mehr Transparenz bei der Parteienfinanzierung ein.



*Dietmar Nietan im Gespräch mit Neumitgliedern in seinem Heimatkreisverband Düren. Foto: privat*



*Reiner Hoffmann, Dr. Katarina Barley und Dietmar Nietan am Rande einer Sitzung des Gewerkschaftsrates. Foto: privat*



*Dietmar Nietan mit dem Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung, Kurt Beck, auf dem Evangelischen Kirchentag 2017. Foto: privat*

Deshalb hat es mich sehr gefreut, dass es uns gelungen ist, unter der Federführung meiner geschätzten Bundestagskollegin Eva Högl einen neuen Gesetzesvorschlag zur Änderung des Parteiengesetzes vorzulegen, der Sponsoring als eigene Einnahmeposition den Transparenzregeln des Parteiengesetzes unterwirft. Mit dem bisherigen Koalitionspartner CDU/CSU waren aber bessere Transparenzregeln hinsichtlich des Sponsorings im Parteiengesetz nicht umsetzbar.

Darüber hinaus hat der Parteivorstand im Dezember 2016 auf meinen Vorschlag hin durch einen entsprechenden Beschluss seine Sponsoring-Richtlinie um eine Transparenzregel ergänzt, die vorsieht, dass ab dem 1. Januar 2017 jede einzelne Einnahme von allen gesponserten Veranstaltungen mit Namen des werbenden Unternehmens und gezahlter Summe auf unserer Homepage im Bereich Finanzen ausgewiesen wird. Nur wer diesem Verfahren zustimmt, wird als Sponsor zugelassen.

Ebenso habe ich sehr gerne den Vorschlag der Kontrollkommission für die Erarbeitung neuer moderner „Verhaltensregeln für die Wahrnehmung von Ämtern, Funktionen und Mandaten“ in die Tat umgesetzt.

Auf meinen Vorschlag hin hat der Parteivorstand am 17. Juli 2017 neue Verhaltensregeln beschlossen, die die alten Verhaltensregeln von 1995 abgelöst haben. Auch hier haben wir das Thema Sponsoring nunmehr klar geregelt. So empfehlen wir darin den Landesverbänden und Bezirken ihre Sponsoringeinnahmen entsprechend zu veröffentlichen. Diese Transparenz erwarten die neuen Verhaltensregeln auch von politischen Zusammenschlüssen, die sich auf die Sozialdemokratie berufen, aber nicht dem Statut der SPD unterliegen. Gleiches gilt für die Unternehmen, die zu 100 Prozent im Eigentum der SPD sind. Nunmehr gibt es in den neuen Verhaltensregeln auch eine Regelung zu möglichen Sanktionen. Jetzt fällt der Kontrollkommission die Aufgabe zu, über die Umstände eines möglichen Verstoßes zu beraten und darüber hinaus bei Verstößen mögliche Sanktionen zu prüfen.

Abschließend möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen im Willy-Brandt-Haus, die mich bei meiner Arbeit als Schatzmeister unterstützt haben, herzlich bedanken. Ebenso danke ich der Schatzmeister- und Kassierer-Konferenz sowie der Kontrollkommission für die kritisch-konstruktive, stets kollegiale Zusammenarbeit.

Ein ganz großes Dankeschön möchte ich aber allen ehrenamtlichen Kassiererinnen und Kassierern für ihre so unschätzbar wichtige Arbeit vor Ort sagen!

Euer



Dietmar Nietan

## 1. EINNAHME-ENTWICKLUNG

### 1.1 DIE EINNAHMEN AUS BEITRÄGEN

Weiterhin stellen die Mitgliedsbeiträge und die Mandatsträgerbeiträge mit etwa 47,8 Prozent (2015) bzw. 47,7 Prozent (2016) die wichtigste Einnahmequelle der Partei dar. In 2015 konnte die SPD Beitragseinnahmen in Höhe von 75,0 Mio. EUR und in 2016 in Höhe von 74,9 Mio. EUR verzeichnen. Diese verteilten sich wie folgt.

(in EUR)	2015	2016
<b>Mitgliedsbeiträge</b>	49,59 Mio.	49,26 Mio.
<b>Mandatsträgerbeiträge</b>	25,42 Mio.	25,61 Mio.

In der SPD waren im Jahr 2015 442.814 Menschen Mitglied, im Jahr 2016 waren es 432.706. Dies bedeutet einen Rückgang von 2,3 Prozent.

Die Mitglieder zahlten im Durchschnitt einen Betrag von 9,33 EUR (2015) bzw. 9,48 EUR (2016).

Bisher konnten die Beitragseinnahmen trotz sinkender Mitgliederzahlen leicht erhöht werden. Dies ist in diesem Berichtszeitraum das erste Mal nicht mehr der Fall.

Allerdings werden wir im Jahre 2017 wieder einen Mitgliederzuwachs verzeichnen können. Ob dieser sich langfristig positiv auf unserer Einnahmenseite auswirken kann, wird auch vom Erfolg unserer Bemühungen, die Partei zu erneuern und für Neumitglieder attraktiv zu gestalten, abhängen.

Eine zuverlässige Konstante zur Finanzierung unserer Partei ist nach wie vor die jährlich stattfindende Beitragsanpassung gemäß § 1 Absatz 7 der Finanzordnung. Diese orientiert sich an der nominalen Steigerung des durchschnittlichen Nettoeinkommens, ermittelt durch das Bundesamt für Statistik. Von der Anpassung ausgenommen sind Beiträge von Mitgliedern ohne oder mit geringfügigem Einkommen, die 2,50 EUR pro Monat zahlen. Die Erhöhungen betragen im Jahr 2015 1,6 Prozent bzw. 1,9 Prozent in 2016.

Der Großteil der Mitglieder hat diese Erhöhungen akzeptiert, nur wenige legten Widerspruch ein.

85 Cent pro Beitragseuro verbleiben, nach Abzug der Anteile für die Strukturhilfe, den Innovationsfonds und den Anteil für den „vorwärts“, bei den Landesverbänden und Bezirken, sowie den nachgeordneten Gebietsverbänden, für die die kontinuierliche Anpassung der Beiträge für die Finanzierung der Politik vor Ort von großer Wichtigkeit ist. Der Parteivorstand erhält die restlichen 15 Prozent.

Einen weiteren wichtigen Finanzierungsbeitrag zu unserer politischen Arbeit, insbesondere vor Ort, leisteten mit 25,42 Mio. EUR in 2015 und 25,61 Mio. EUR in 2016 unsere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger.

Diese machten somit 16,34 Prozent (2015) bzw. 16,21 Prozent (2016) der Gesamteinnahmen aus. Für die Jahre 2018 ff. wird sich der Rückgang der Zahl unserer Bundestagsmandate von 193 auf 153 mit Verlusten bei den Einnahmen für die Bundespartei auswirken.

Anteil der Spenden an den Gesamteinnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien 1998–2015

Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	CDU/CSU	B90/ Grüne	in %	FDP*	in %	Linke	in %
1998	18.836	12,10	33.762	26,22	12.536	37,39	46.298	5.847	20,07	11.178	44,29	3.784	19,16
1999	17.236	11,01	33.368	25,20	7.806	23,94	41.174	5.140	19,57	9.741	41,49	3.839	18,43
2000	12.631	8,46	28.512	21,79	6.935	24,74	35.447	4.311	18,37	7.989	35,59	3.486	17,33
2001	16.528	10,33	25.459	19,43	10.887	31,48	36.346	5.121	21,48	10.799	41,98	3.699	18,05
2002	17.334	10,92	30.453	21,50	18.872	40,95	49.325	5.282	20,06	13.745	43,58	3.750	17,12
2003	10.445	5,81	17.397	12,45	9.717	20,49	27.114	3.434	13,12	7.351	26,50	1.753	7,91
2004	13.144	7,72	27.684	18,27	6.278	15,76	33.962	3.637	14,32	8.725	29,70	2.001	9,51
2005	14.165	8,38	35.585	22,35	9.353	22,53	44.938	4.430	16,65	11.752	36,20	2.231	9,92
2006	12.292	7,36	22.866	15,61	6.072	15,85	28.938	3.447	13,28	8.055	27,08	1.638	7,24
2007	10.569	6,73	19.079	13,40	10.671	24,55	29.750	3.212	12,29	7.073	22,33	1.545	6,89
2008	12.996	7,76	21.113	14,27	17.510	34,66	38.623	3.909	14,28	9.131	28,60	2.258	8,96
2009	18.762	10,82	41.120	25,27	9.071	21,61	50.191	5.445	17,82	16.185	37,42	2.878	10,56
2010	9.556	6,49	17.616	12,76	5.464	15,61	23.080	4.043	12,95	5.991	17,44	2.093	7,52
2011	12.105	7,77	21.819	15,48	5.870	15,85	27.689	4.850	13,17	6.609	19,27	1.935	6,73
2012	10.507	6,94	18.200	13,28	5.666	16,36	23.866	3.929	10,24	5.864	17,20	1.924	6,47
2013	14.960	9,10	30.805	20,29	14.639	30,74	45.444	4.980	12,41	10.902	32,71	2.571	9,32
2014	15.108	9,34	25.920	17,62	13.623	29,13	39.543	4.747	11,97	7.804	28,95	2.289	8,43
2015	9.826	6,27	19.809	13,75	5.968	10,11	25.777	4.193	10,48	7.155	27,74	1.903	6,81
1998– 2015	247.000		470.567		176.939		647.505	79.956		166.048		45.576	
Σ		8,52		18,27		23,99			15,14		31,00		10,91

Angaben in Tausend Euro (gerundet) | in %: Anteil an den Gesamteinnahmen | Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien  
 FDP\*: Die Partei ist seit der BTW 2013 nicht im Bundestag vertreten, die Zahlen werden hier dennoch fortgeschrieben.

1.2 DIE STAATLICHE TEILFINANZIERUNG

Die Höhe der staatlichen Parteienfinanzierung wird von folgenden Faktoren bestimmt:

- Anzahl der Wählerstimmen, die bei den jeweils letzten Landtags-, Bundestags- und Europawahlen erzielt wurden
- Summe der Zuwendungen von natürlichen Personen (maximal 3.300 EUR je Person), hierzu zählen die Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge, sowie die Spenden.

Sowohl die Wählerstimmen, als auch die Beiträge und Spenden können als Maßstab für den Grad der Verwurzelung der Partei in der Bevölkerung angesehen werden. Der Anteil an den staatlichen Mitteln erhöht sich, je stärker also eine Partei von Mitgliedern, Bürgerinnen und Bürgern finanziell unterstützt wird und je mehr Wählerstimmen sie auf sich vereinigen kann.

Der Gesamtbetrag der staatlichen Mittel für alle Parteien betrug seit 2002 unverändert 133,0 Mio. EUR, er erhöhte sich erst mit der Novellierung des Parteiengesetzes am 23. August 2011. Gemäß § 18 Abs. 2 Satz 2 PartG wird seit dem Jahr 2013 die absolute Obergrenze jährlich entsprechend der Veränderung des Parteien-Index im Vorjahr erhöht. Die Ermittlung erfolgt durch das Statistische Bundesamt. Der Anspruchsbetrag für alle Parteien belief sich im Jahr 2015 auf 159,25 Mio. EUR, der Anteil der SPD lag hier bei rund 50 Mio. EUR.

Im Jahr 2016 betrug die absolute Obergrenze 160,52 Mio. EUR, die SPD erhielt hiervon 50,78 Mio. EUR.

Der Anteil der staatlichen Mittel machte somit 31,93 Prozent in 2015 und 32,39 Prozent in 2016 aus.

Die Landesverbände und Bezirke erhalten im Rahmen des Parteiinternen Finanzausgleiches ein Drittel der für die SPD festgesetzten Mittel zzgl. eines Zuschusses für die Spendenerfassung in Höhe von 80.000 EUR (siehe 1.6).

### Anteil der Spenden jur. Personen an den Gesamteinnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien 1998–2015

Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	Bgo/ Grüne	in %	FDP*	in %	Linke	in %
1998	3.868	2,48	10.867	8,44	4.838	14,43	166	0,57	3.362	13,32	57	0,29
1999	3.184	2,03	9.093	6,87	3.089	9,48	200	0,76	1.617	6,89	67	0,32
2000	1.746	1,17	5.310	4,06	2.666	9,51	175	0,75	1.500	6,53	23	0,12
2001	3.194	2,00	7.093	5,41	3.438	9,94	591	2,48	2.190	8,51	63	0,31
2002	3.440	2,17	9.606	6,78	7.280	15,80	1.055	4,01	3.142	9,96	52	0,24
2003	1.650	0,92	4.612	3,30	3.462	7,30	279	1,07	1.165	4,20	28	0,13
2004	2.039	1,19	7.938	5,24	2.172	5,45	371	1,46	1.707	5,80	44	0,21
2005	3.282	1,94	15.008	9,43	4.255	10,25	948	3,56	3.920	12,10	35	0,16
2006	2.472	1,48	7.461	5,09	2.290	5,98	413	1,59	2.065	6,94	31	0,14
2007	2.095	1,33	6.661	4,68	3.318	7,63	383	1,47	1.878	5,93	20	0,09
2008	2.668	1,59	7.527	5,09	6.390	12,65	492	1,80	2.688	8,42	109	0,43
2009	4.217	2,43	14.949	9,19	4.114	9,80	919	3,01	5.797	13,40	178	0,65
2010	1.749	1,19	6.121	4,43	2.035	5,81	539	1,73	1.793	5,22	21	0,08
2011	2.450	1,60	7.276	5,15	2.281	6,16	860	2,34	1.738	5,07	29	0,10
2012	1.951	1,29	6.050	4,41	2.601	6,82	520	1,36	1.636	4,80	34	0,12
2013	2.905	1,77	10.744	7,11	6.080	12,77	697	1,74	3.699	11,10	85	0,31
2014	2.532	1,57	7.910	5,38	3.891	8,32	657	1,66	1.967	7,30	25	0,13
2015	1.796	1,15	6.389	4,46	2.190	3,71	580	1,45	1.880	7,29	2	0,01
<b>1998– 2015</b>	<b>47.237</b>		<b>150.615</b>		<b>66.390</b>		<b>9.845</b>		<b>43.744</b>		<b>904</b>	
☒		1,63		5,81		8,99		1,82		7,93		0,21

Angaben in Tausend Euro (gerundet) | in %: Anteil an den Gesamteinnahmen | Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien  
 FDP\*: Die Partei ist seit der BTW 2013 nicht im Bundestag vertreten, die Zahlen werden hier dennoch fortgeschrieben.

#### 1.3 DIE EINNAHMEN AUS SPENDEN

Die Spendeneinnahmen der Parteien sinken in der Regel in den Jahren zwischen den Bundestagswahlen ab. Allerdings zeigten sich im Jahr 2015 sowohl bei der SPD aber auch bei CDU und CSU außergewöhnlich deutlich gesunkene Spendeneinnahmen im Vergleich zu den beiden Vorjahren. Eine Rolle mag dabei gespielt haben, dass sich das – auch finanzielle – Engagement vieler Menschen im Jahr 2015 auf die Unterstützung der vor allem aus dem Bürgerkriegsland Syrien nach Deutschland geflüchteten Menschen konzentrierte. Der Schatzmeister der SPD hat daher auch im Jahr 2015 entschieden, auf größere Spendenaktionen zu verzichten. Auch dies spiegelt sich selbstverständlich in den Zahlen der Gesamtpartei für 2015 wieder.

Im Jahr 2016 konnte die Partei dann wieder eine leichte Steigerung der Einnahmen verzeichnen. Die Spendeneinnahmen betrugen im Jahr 2015 insgesamt 9,83 Mio. EUR, im Jahr 2016 waren es 11,1 Mio. EUR.

Auch die Wirtschafts- bzw. Unternehmensspenden an die SPD sanken von – traditionell geringem – Niveau noch einmal ab. So waren es wieder die Mitglieder der SPD, die den größten Teil der Spenden an die Partei aufbrachten. Mitglieder also, die ihre Partei zusätzlich zu ihren Beitragszahlungen finanziell unterstützen. Dies ist, ebenfalls unverändert, bei den Unionsparteien und der FDP anders, die deutlich größere Teile ihrer Gesamteinnahmen den Spenden und hierbei auch den Spenden von Unternehmen verdanken.

So vergrößert sich der Abstand insgesamt weiter: Seit 1998 haben die Unionsparteien insgesamt über 400 Millionen EUR mehr an Spenden eingenommen als die SPD.

#### 1.4 DIE EINNAHMEN AUS SPONSORING

Unsere mehrtägigen Bundesparteitage sind für Aussteller und Sponsoren aufgrund der großen Zahl der politisch interessierten Gäste und dem Medieninteresse eine attraktive Werbepattform. Im Berichtszeitraum erzielten wir mit dem ordentlichen Parteitag 2015 in Berlin die größte Einnahme im Bereich Sponsoring.

Ogleich Sponsoring nicht ausdrücklich im Parteiengesetz geregelt ist, bewegen wir uns trotz der Kritik an der Sponsoringpraxis der Parteien nicht in einem rechtsfreien Raum. Jedes Sponsoring wird vertraglich festgehalten. Es zählt zum wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb der Partei, wird versteuert und fließt im Rechenschaftsbericht ein in den Sammelposten „Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeiten“.

Die SPD war und ist hier immer um Transparenz bemüht. So werden bereits seit 2011 auf unserer Homepage die Namen

der Aussteller und Sponsoren der Parteitage veröffentlicht. Im Finanzbericht wurden zudem die gesamten Sponsoringeinnahmen auf Bundesebene seit 2001 fortlaufend dokumentiert (siehe Abb.).

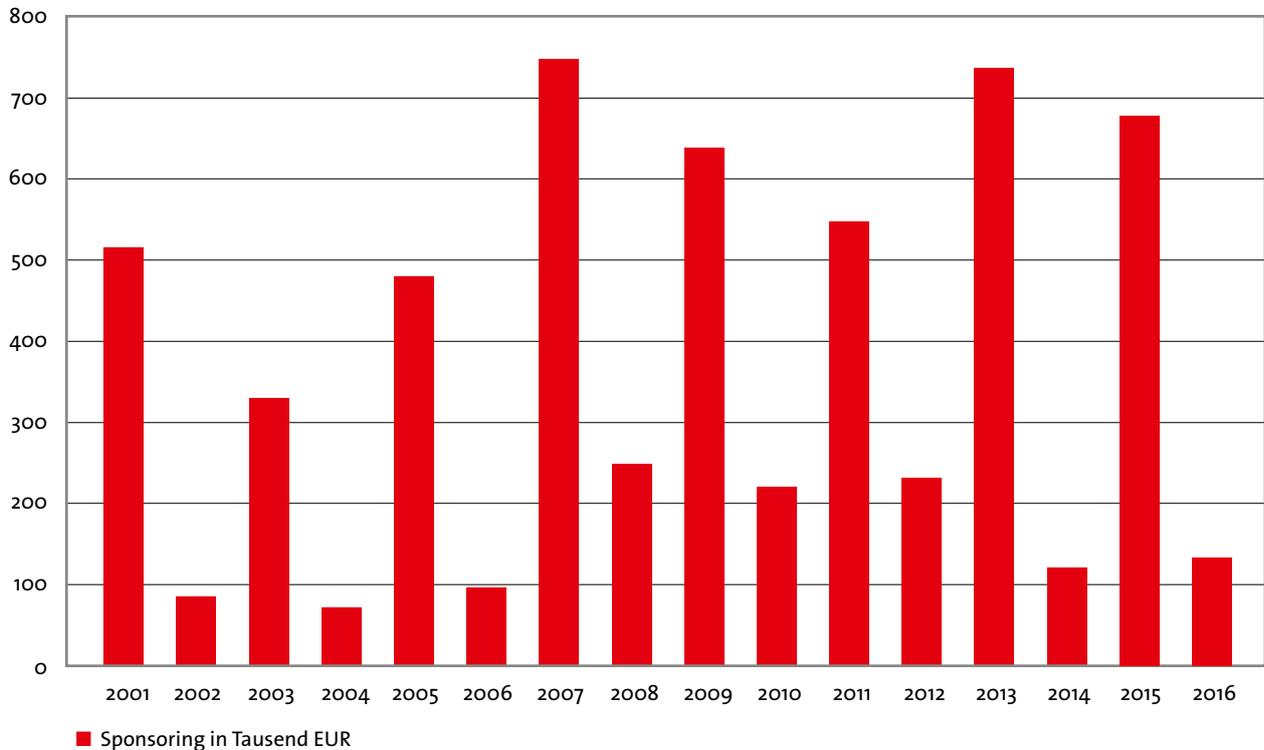
Solange jedoch eine gesetzliche Transparenzvorgabe fehlt, wird die Kritik nicht abreißen. Es fehlt an einer verbindlichen Definition und einer gesonderten Einnahmeposition im Rechenschaftsbericht. Sie würde in unserem Fall den relativ geringen finanziellen Anteil im Vergleich zu den anderen Einnahmen belegen. Dies allein könnte helfen, die Diskussion zu versachlichen.

Die SPD hat sich immer für mehr Transparenz im Parteiengesetz im Bereich des Sponsorings eingesetzt. Zuletzt hat die SPD-Bundestagsfraktion noch einmal Mitte 2017 in enger Zusammenarbeit mit dem Schatzmeister einen neuen Gesetzesvorschlag zur Änderung des Parteiengesetzes vorgelegt. Mit dem bisherigen Koalitionspartner CDU/CSU waren aber bessere Transparenzregeln hinsichtlich des Sponsorings im Parteiengesetz nicht möglich.



Standbesuch bei der ddvg, Bundesparteitag 2015. Dietmar Nietan und ddvg Geschäftsführer Jens Berendsen. Foto: photothek

### Einnahmen des Parteivorstandes aus Sponsoring und Vermietung von Standflächen in Tausend EUR



Auf Initiative des Schatzmeisters und der Kontrollkommission hat die SPD ihre Bemühungen über die Vorgaben des Parteiengesetzes hinaus Transparenz im Bereich des Sponsorings herzustellen noch einmal verstärkt: In diesem Sinne hat der Parteivorstand im Dezember 2016 durch einen entsprechenden Beschluss seine Sponsoring-Richtlinie um eine Transparenzregel ergänzt, die vorsieht, dass ab dem 1. Januar 2017 jede einzelne Einnahme von allen gesponserten Veranstaltungen mit Namen des werbenden Unternehmens und gezahlter Summe auf unserer Homepage im Bereich Finanzen ausgewiesen wird. Nur wer diesem Verfahren zustimmt, wird als Sponsor zugelassen.

Wir empfehlen in den 2017 verabschiedeten überarbeiteten „Verhaltensregeln der SPD“, den Landesverbänden und Bezirken, ihre Sponsoringeinnahmen entsprechend zu veröffentlichen. Diese Transparenz erwarten die neuen Verhaltensregeln auch von politischen Zusammenschlüssen, die sich auf die Sozialdemokratie berufen, aber nicht dem Statut der SPD unterliegen. Gleiches gilt für die Unternehmen, die zu 100 Prozent im Eigentum der SPD sind.

#### 1.5 DIE EINNAHMEN AUS VERMÖGEN

Einnahmen aus Vermögen erzielt die Partei insbesondere aus der jährlichen Ausschüttung der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (ddvg). Im Vergleich zu der Ausschüttung in der vorangegangenen Berichtsperiode (2013/2014 8,7 Mio. EUR) wurden in den Jahren 2015/2016 rund 8,2 Mio. EUR ausgeschüttet. Dies beinhaltet auch Sondertilgungen der ddvg in Höhe von 3,5 Mio. EUR (alle Angaben jeweils netto). Die Hälfte des Geldes diente der Reduzierung der Finanzierungsraten für das Willy-Brandt-Haus. Der verbleibende Betrag der Finanzierung der auf die Bruttoausschüttung entfallenen Steuer und der Parteiarbeit.

1.6 PARTEIINTERNER FINANZAUSGLEICH

Seit 1994 gibt es den Parteiinternen Finanzausgleich zwischen dem Parteivorstand und den Landesverbänden/Bezirken, da ab diesem Jahr die staatliche Parteienfinanzierung von der Wahlkampfkostenerstattung auf allgemeine staatliche Zuschüsse umgestellt wurde.

Als Basis für die Verteilung der staatlichen Mittel dienen neben den erzielten Wählerstimmen auch die Zuwendungen.

Die Einbeziehung der Zuwendungen führte zu Verschiebungen gegenüber der früher nur auf dem Wähleranteil basierenden staatlichen Finanzierung. Besonders die Bundesländer mit großer Mitgliederdichte waren deutlich im Vorteil. Diese Ungleichgewichte müssen ausgeglichen werden.

Die Verteilung der staatlichen Mittel zwischen Landesverbänden und Parteivorstand hat sich seit 1991 entsprechend der Tabelle zur Verteilung der staatlichen Mittel entwickelt. Während bis 1993 die staatlichen Mittel für die SPD zu 30 Prozent an die Landesverbände und zu 70 Prozent an den Parteivorstand gingen, beträgt dieses Verhältnis inzwischen 31 Prozent für die Landesverbände und 69 Prozent für den Parteivorstand. Der Zuwachs an staatlichen Mitteln wird über den parteiinternen Finanzausgleich überwiegend an die Landesverbände weitergegeben.

Seit 1994 erfolgt eine Festlegung der Verteilung der staatlichen Mittel auf ein Drittel zu zwei Dritteln. Dem steht die Beitragsverteilung von 85 Prozent zu 15 Prozent zugunsten der Gliederungen gegenüber.

Übersicht Staatliche Mittel 1991 – 2016

	1991 – 1993		1994 – 2001		2002 – 2010		2011 – 2012		2013 – 2014		2015 – 2016		Veränderung gegenüber 1991 – 1993	
	Ø pro Jahr		Ø pro Jahr		Ø pro Jahr		Ø pro Jahr		Ø pro Jahr		Ø pro Jahr			
	Tsd. EUR	%	Tsd. EUR	%										
<b>Landesverbände</b>														
von den Landtagen	13.302		7.403		5.450		5.008		5.407		5.336			
aus Finanzausgleich	0		8.141		8.923		9.738		9.765		10.637			
<b>LV-Gesamt</b>	13.302	30	15.544	33	14.373	34	14.746	33	15.172	31	15.973	35	2.671	20,1
<b>Parteivorstand</b>	30.996	70	31.541	67	28.459	66	30.233	67	33.101	69	30.202	65	-794	-2,6
<b>SPD-Gesamt</b>	44.298	100	47.085	100	42.832	100	44.979	100	48.273	100	46.175	100	1.877	4,2

Die Gesamtsumme der staatlichen Mittel für alle Parteien ist durch eine absolute Obergrenze begrenzt; von 1991 bis 1997 auf 117,59 Mio. EUR (= 230 Mio. DM), von 1998 bis 2001 auf 125,27 Mio. EUR (= 245 Mio. DM), von 2002 bis 2010 auf 133 Mio. EUR; 2011, 141,9 Mio. EUR; 2012, 150,8 Mio. EUR; 2013, 154,1 Mio. EUR; 2014, 156,7 Mio. EUR; 2015, 159,2 Mio. EUR; 2016, 160,5 Mio. EUR



*Dietmar Nietan hält im Gothaer Tivoli die Laudatio auf den Preisträger Dr. Valentin Inzko. Daneben der Oberbürgermeister der Stadt Gotha Knut Kreuch und die Vorsitzende des Fördervereins Gothaer Tivoli, Marlies Mikolajczak. Foto: privat.*

## 2. MITTELBEWIRTSCHAFTUNG UND HAUSHALTSENTWICKLUNG

Im Berichtszeitraum konnten durch die Einnahmen die Ausgaben gedeckt werden. Für die Bundestagswahl im Jahr 2017 konnten die notwendigen Rücklagen gebildet werden. Nach wie vor stellen für den Parteivorstand die Einnahmen aus Spenden, die Beitragsanteile sowie der Anteil an den staatlichen Mitteln die wichtigsten Einnahmequellen dar.

Gemessen an den Gesamteinnahmen betrug der Anteil der Beitragseinnahmen im Berichtszeitraum 20,4 Prozent (2013/2014: 18,2 Prozent), der Anteil der staatlichen Mittel betrug 70 Prozent (2013/2014: 56,9 Prozent). Insgesamt sind die Einnahmen leicht rückläufig.

Der Aufwand für politische Arbeit inklusive Öffentlichkeitsarbeit entsprach einem Anteil von 23,2 Prozent gegenüber 2013/2014 einem Anteil von 26,5 Prozent.

Die Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb inkl. EDV und der Restrukturierung des Unternehmensbereiches entsprachen 2013/2014 einem Anteil von 27,3 Prozent und im Berichtszeitraum 32,1 Prozent.

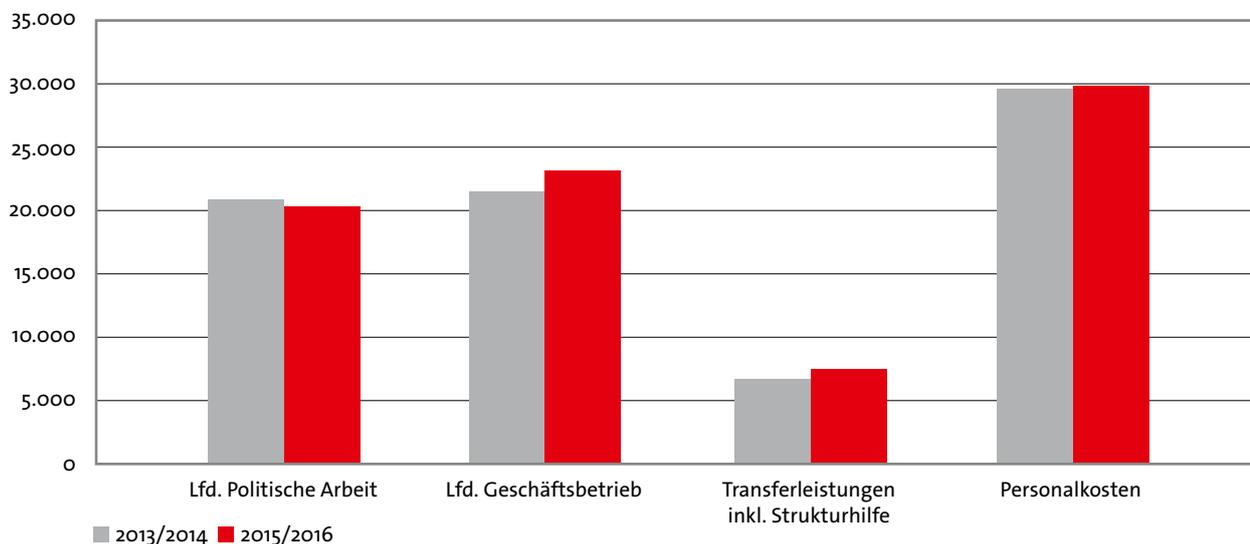
Der Anteil der Transferleistungen an den Gesamtausgaben betrug im Berichtszeitraum 8,2 Prozent (2013/2014: 8,3 Prozent).

Für den Vorwahlkampf zur Bundestagswahl wurden in 2016 bereits rund 2 Mio. EUR aufgewendet. Ebenfalls wurde in 2016 bereits Personal für den bevorstehenden Wahlkampf eingestellt. Der Anteil der Personalkosten an den Gesamtausgaben lag bei 34,1 Prozent. In 2013/2014 betrug der Anteil 37,7 Prozent.

Die Ausgabenpolitik des Parteivorstandes orientiert sich strikt an den tatsächlich erzielten Einnahmen. Durch das schlechte Abschneiden bei der Bundestagswahl 2017 ist trotz der Novellierung des Parteiengesetzes in Zukunft mit spürbar niedrigeren Einnahmen zu rechnen. Daher müssen sich die Ausgaben analog zu den Einnahmen entwickeln und ein vernünftiges Verhältnis der Ausgaben für Politische Arbeit, Geschäftsbetrieb und Personalkosten gewahrt bleiben.

Die Mittelbewirtschaftung des Parteivorstandes der Jahre 2015 und 2016 wurde regelmäßig unterjährig durch die Kontrollkommission geprüft und nicht beanstandet. Ebenso erfolgte eine Prüfung und Testierung nach den Vorschriften des Parteiengesetzes durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, diese ergab ebenfalls keine Beanstandungen.

**Ausgaben im Vergleich in Tausend EUR**



### 3. STRUKTURHILFEN FÜR DIE OSTDEUTSCHEN LANDESVERBÄNDE

Die Strukturhilfe für die ostdeutschen Landesverbände wurde 1990 auf dem Berliner Parteitag beschlossen. Die Strukturhilfe dient der Sicherung einer handlungsfähigen Organisation und wird durch die Mitglieder aller Bundesländer getragen. Von jedem Mitgliedsbeitrag werden seither 0,26 EUR je Monatsbeitrag einbehalten.

Die ostdeutschen Landesverbände erhielten insgesamt in den Jahren 2015 und 2016 hieraus zusammen 2,8 Mio. EUR.

Darüber hinaus hat der Parteivorstand aus seinem Betriebshaushalt eine ergänzende Strukturhilfe in Höhe von insgesamt 825 TEUR geleistet, wobei auf das Jahr 2015 450 TEUR und 375 TEUR auf 2016 entfallen.

Im Jahr 2015 macht das einen Gesamtbetrag von 1,86 Mio. EUR und im Jahr 2016 von 1,77 Mio. EUR aus.

Über die Strukturhilfen hinaus wird es für die Zukunft unserer Partei als Volkspartei von entscheidender Bedeutung sein, wie es uns als Parteivorstand gemeinsam mit den ostdeutschen Landesverbänden gelingt, die Verankerung der SPD in der Fläche in den neuen Ländern wieder voran zu bringen.



Einweihung der Gedenktafel am „Volkspark“ in Halle im Dezember 2016. Foto: privat



*Einweihung der Gedenktafel am „Volkspark“ in Halle im Dezember 2016 gemeinsam mit Dr. Katja Pähle, Burkhard Lischka und Dr. Karamba Diaby. Foto: privat*

## 4. DER UNTERNEHMENSBEREICH

### 4.1 IMMOBILIENBEREICH

Dem Immobilienbereich der Partei ist die Konzentration GmbH und die Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH (für das Willy-Brandt-Haus Berlin) als Obergesellschaften zugeordnet. Daneben ist die Konzentration GmbH an regionalen Grundstücksbesitz- und –verwaltungsgesellschaften der Partei beteiligt.

Die Konzentration GmbH verwaltet neben eigenen Immobilien, die sie in ihrem Betriebsvermögen hält, das Immobilienvermögen der Partei treuhänderisch. Sie nimmt dabei die Eigentumsrechte der Partei wahr und berät regionale Gliederungen auf deren Wunsch bei der Verwaltung des örtlichen Immobilienbesitzes.

Wie bereits im letzten Finanzbericht des Schatzmeisters erläutert, setzen die Konzentration GmbH und die Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin („Willy-Brandt-Haus“) das im Sommer 2014 vom Schatzmeister freigegebene Restrukturierungskonzept für den Immobilienbereich der

Partei weiter um. Inzwischen sind die Fortschritte so weit gediehen, dass bereits mit dem Ende des Geschäftsjahres 2017 der sich aus diesem Konzept ergebende Arbeitsplan abgearbeitet sein wird – ein Jahr früher als ursprünglich geplant.

Die Maßnahmen greifen, wie aus den Jahresabschlüssen zunehmend ersichtlich wird. So konnte der bilanzielle Verschuldungsgrad des Treuhandvermögens „Immo“ (ohne „Willy-Brandt-Haus“) von 71,8 v. H. (2012) auf unter 60 v. H. gesenkt werden. Mittelfristiges Ziel bleibt ein Verschuldungsgrad von um 50 v. H., um auch in Zukunft mögliche Zinsänderungsrisiken abfangen zu können und den Immobilienbesitz der Partei nachhaltig zu bewirtschaften und ausreichende finanzielle Mittel für Instandhaltungen und Modernisierungen aufbringen zu können.



Bauprojekt „Herbert-Wehner-Haus“ Dresden. Foto: Konzentration GmbH



Bauprojekt „Herbert-Wehner-Haus“ Dresden. Foto: Konzentration GmbH

Das Anlagevermögen des Treuhandvermögens „Immo“ sank im Zuge der Restrukturierung aufgrund von Verkäufen und insbesondere erheblichen Abschreibungen auf Gebäudewerte von 51,1 Mio. EUR (2012) auf 43,9 Mio. EUR. Aufgrund gezielter Investitionen in „starke“ Objekte und der abnehmenden Schuldenlast stieg jedoch das Reinvermögen (Vermögen abzgl. Schulden) von 32,1 Mio. EUR (2012) auf 35,9 Mio. EUR (2016).

Die Konzentration GmbH selbst war 2012 aufgrund einer erheblichen Schuldenlast in ihrer unternehmerischen Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt. Der Verschuldungsgrad betrug hier fast 127 v.H. (2012). Durch die bereits im letzten Finanzbericht angekündigte Restrukturierung der gesamten Fremdfinanzierung der Konzentration GmbH, die inzwischen abgeschlossen ist, gelang es, den Verschuldungsgrad auf 121 v.H. (2016) zu senken – weniger, aber langfristig immer noch zu hoch. Die weitere Reduzierung der Schulden bleibt auf der Agenda für die nächsten Jahre.

Zugleich wurden gezielt Investitionen in neue Objekte getätigt, die nicht der Parteiarbeit dienen, sondern unter Renditegesichtspunkten erworben wurden, um die Schuldentragfähigkeit insgesamt zu erhöhen. In kontrolliertem Ausmaß wurden daher „alte“ Schulden auch durch „neue“ Schulden bekämpft, was nur aufgrund des derzeit sehr niedrigen Zinsniveaus möglich war. Im Ergebnis hat sich der Schuldenstand daher nominal sogar erhöht, aufgrund der mit diesen Investitionen erfolgten Umsatzausweitung der Konzentration GmbH von 1,3 Mio. EUR (2012) auf 2,1 Mio. EUR (2016) ist die Belastung aus fälligen Zinszahlungen jedoch deutlich gesunken: Mussten 2012 von jedem verdienten Euro noch knapp 30 Cent an Zinsaufwendungen geleistet werden, sind es heute noch 16 Cent.

Schritt für Schritt ergeben sich damit neue unternehmerische Handlungsspielräume. Wir möchten auch in den kommenden Jahren auf diesem Weg weiter voranschreiten, wobei Tempo und Umfang der Neuinvestitionen tendenziell abnehmen werden, um die Bilanz nicht erneut zu überdehnen.

Zum Jahreswechsel 2016/2017 hat sich die Konzentration von ihrer Tochtergesellschaft Mikropress GmbH getrennt. Die Zahlen des Unternehmens, das im Bereich Mikroverfilmung tätig ist, einem Markt, der durch eine stagnative Entwicklung und zunehmende (europaweite) Konzentration sowie einen intensiven Wettbewerb gekennzeichnet ist, verschlechterten sich in den Vorjahren dramatisch. Über ein Management-Buy-Out gelang hier der Ausstieg, so dass die Konzentration sich in Zukunft auf ihre Kernkompetenzen im Bereich der Immobilienwirtschaft konzentrieren kann.

Im letzten Finanzbericht haben wir berichtet, dass wir in zentraler Lage in Dresden ein Grundstück erwerben konnten, das wir zusammen mit unseren Partnern, der Arbeiterwohlfahrt Sachsen, der Sächsischen SPD und der Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung mit dem zukünftigen „Herbert-Wehner-Haus“ bebauen wollen. Inzwischen hat der Bau begonnen und wir gehen davon aus, zum Jahresbeginn 2019 den Bau vollenden zu können. Die SPD wird dann auch in der sächsischen Landeshauptstadt mit einer eigenen Immobilie vertreten sein.



*Dietmar Nietan eröffnet die World Press Photo 16-Ausstellung, Berlin 2016. Foto: Holger Biermann*



*Dietmar Nietan eröffnet die World Press Photo 16-Ausstellung, Berlin 2016. Foto: Holger Biermann*

Das Willy-Brandt-Haus hat wirtschaftlich eine erfreuliche Entwicklung genommen. Das bilanzielle Reinvermögen (Vermögen abzgl. Schulden) stieg von 31,3 Mio. EUR (2012) auf 42,2 Mio. EUR (2016). Das ist insbesondere der fortschreitenden Tilgung der noch aus der Bauphase resultierenden Darlehen zu verdanken, für die Ausschüttungen der ddvg herangezogen werden.

Das Haus selbst ist nicht nur Sitz des Parteivorstands der SPD, sondern längst auch ein gesellschaftspolitischer und kultureller Anlaufpunkt ersten Ranges in Berlin geworden. Das ist nicht zuletzt der Zusammenarbeit der Verwaltungsgesellschaft mit dem Freundeskreis WBH e.V. zu verdanken. Die Partner haben zur weiteren Vertiefung dieser Zusammenarbeit eine neue vertragliche Grundlage geschaffen.

Auch in Zukunft bleibt es das vornehmliche Ziel des Immobilienbereichs, „Quartiermeister“ der Partei zu bleiben, die bauliche Infrastruktur für die Parteiarbeit vor Ort zu entwickeln und das sozialdemokratische Erbe der historischen Parteihäuser zu pflegen. Daneben soll der Immobilienbereich – soweit er nicht der unmittelbaren Parteiarbeit dient – jedoch auch Bestandteil der Vermögensverwaltung der Partei sein und Immobilieninvestitionen aus Rendite-Gründen tätigen, um langfristig zusätzliche Einnahmen zu generieren.

Weitere Informationen:  
[www.willy-brandt-haus.de](http://www.willy-brandt-haus.de)  
[www.konzentration.de](http://www.konzentration.de)

#### 4.2 DEUTSCHE DRUCK- UND VERLAGSGESELLSCHAFT MBH

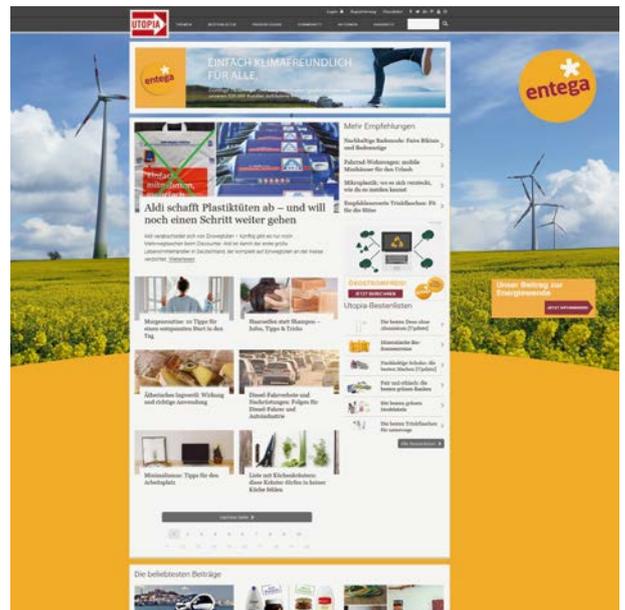
##### Verstetigung des digitalen Engagements

Im vergangenen Berichtszeitraum (2013/2014) hat die ddvg ihre digitale Strategie stärker konturiert und mit der Gründung der Green Lifestyle GmbH und der 2 Welten Investment GmbH die entsprechenden Strukturen hierfür geschaffen. In den Jahren 2015 und 2016 konnten hierauf aufbauend die entsprechenden Beteiligungen weiterentwickelt und auch neue Engagements eingegangen werden.

a) **Green Lifestyle GmbH, GLG** (100%; Aktivitäten im Themenfeld „Nachhaltigkeit“).

- Nachdem die ddvg 2015 ihre Beteiligung an der **Utopia GmbH** auf 100% ausgebaut hatte, wurde eine neue Reichweitenstrategie entwickelt, die im Jahr 2016 ein Wachstum über alle Kanäle von rund 90% erzielt hat. Utopia konnte damit die Position als reichweitenstärkste Plattform für nachhaltigen Lebensstil weiter ausbauen.
- Auch **Avocadostore** konnte seinen Erfolgskurs fortsetzen und den getätigten Außenumsatz im Jahr 2016 gegenüber 2015 um mehr als rund 75% steigern. Die gute Entwicklung des Unternehmens ließ es zu, dass die ddvg über die GLG im Jahr 2016 den Anteilsbesitz an Avocadostore auf 70% aufstocken und mittlerweile sämtliche Anteile übernehmen konnte.

b) In der **2 Welten Investment GmbH, 2WI** (88%) bündelt die ddvg Unternehmungen, die digitale Angebote für solche lokalen und regionalen Bedürfnisse entwickeln, die traditionell früher von Zeitungen bedient wurden.



Utopia: Plattform für nachhaltigen Lebensstil. Foto: Utopia GmbH

- Seit dem Jahr 2015 ist die 2Welten Investment am Berliner Startup **Locafox** beteiligt. Mit dem Eintritt eines neuen strategischen Investors hat sich die Beteiligungsquote von 15,2% auf 12% reduziert. In einem wesentlichen Schritt konnte Locafox im Jahr 2016 ein tabletgestütztes all-in-one Kassensystem für den kleineren Einzelhandel in den Markt bringen. Mit dem darin integrierten Warenwirtschaftssystem ist den Nutzern nun ohne große Hürden möglich, ihr Warenangebot im Web sichtbar und verfügbar zu machen.
- Die Investition in eine zunächst Minderheits- und mittlerweile Mehrheitsbeteiligung an der **Lokalportal GmbH** (50,16%) verfolgt das Ziel, den Regionalverlagen einen Weg zu eröffnen, sublokale Informationen im Netz zu gewinnen und zu verbreiten. Als sublokale Plattform verbindet „Lokalportal“ Akteure aus der Nachbarschaft miteinander, vermittelt nutzwertige Informationen und Nachrichten rund um das jeweilige lokale Umfeld und lädt zum aktiven Mitmachen und Austausch ein. Die Angebote befinden sich derzeit noch in der Pilotphase.



Avocadostore: Die Website für nachhaltigen Konsum. Foto: Avocado Store GmbH

Darüber hinaus hat sich die ddvg am Hamburger Medien-Standortprojekt **Next Media Accelerator (NMA)** beteiligt. Damit ist die ddvg Teil eines Netzwerks, das innovative Geschäftsideen im Bereich rund um Werbung, Inhalte, Technologie und Services bündelt und fördert.

Das 2015 in der VR China freigeschaltete unabhängige Verbraucherportal Okoer.com hat in den vergangenen Jahren zunächst eine Reichweitenstrategie verfolgt: Ende 2016 hatte Okoer eine Reichweite von mehr als 45 Mio. monatlichen Nutzern (Unique Visitors) erreicht. Daran anknüpfend wurden verschiedene Monetarisierungsstrategien entwickelt. Die ersten entsprechenden Produkte befinden sich seit Anfang/Mitte 2017 in der Vermarktung. Ob diese Angebote hinreichend angenommen werden, wird nicht vor Ende 2017/Anfang 2018 absehbar sein.

### Wichtige Entwicklungen im Kernportfolio

Die Beschreibungen der Situation im Mediensektor in den vorhergehenden Finanzberichten bleiben aktuell. Insofern waren die damals genannten Herausforderungen für das Kernportfolio der ddvg, verschiedene Beteiligungen an regionalen Zeitungsverlagen, auch für den jetzigen Berichtszeitraum prägend. Die Aktivitäten der ddvg in den vergangenen Jahren sind Antworten auf diese Herausforderungen und stellen insbesondere Schritte zur Schaffung innovationskräftiger und überlebensfähiger Einheiten und Kooperationen dar.

Neben die ökonomischen Herausforderungen des Strukturwandels im Tageszeitungssegment traten in den vergangenen Jahren rechtsradikale Angriffe auf die Meinungs- und Pressefreiheit in Deutschland. Insbesondere die Redakteure und andere Mitarbeiter der Dresdner Medien (MoPo, Sächsische Zeitung, Dresdner Neueste Nachrichten) waren und sind tagtäglich durch die demokratiefeindliche und

rassistische Melange aus PEGIDA und AfD öffentlicher Hetze und Anfeindung bis hin zu Todesdrohungen und physischen Attacken ausgesetzt. Es gehört zum Kernverständnis der ddvg den betroffenen Redaktionen den Rücken zu stärken und klar zu signalisieren, dass wir Angriffe auf das freie Wort nicht zulassen werden. Die ddvg bekennt sich zu ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und sieht sich in der Pflicht, ihre Verlagsbeteiligungen in einer klaren Haltung für die Pressefreiheit und die Demokratie zu unterstützen.

Zum 1. Januar 2016 hat die ddvg ihre Beteiligung am Ostwestfälischen Medienhaus **Neue Westfälische** (Bielefeld) um weitere 42,5% auf 100% der Anteile aufgestockt. Gemeinsam mit der Geschäftsführung der Neuen Westfälischen wurden die Kooperationen mit Nachbarverlagen in Ostwestfalen-Lippe intensiviert. Außerdem haben NW und ddvg gemeinsam eine Reihe digitaler Pilotprojekte gestartet:

So wurden erste Netzwerke durch Lokalportal aufgebaut, die Angebote von Locafox im Ostwestfälischen Markt vertrieben und in Kooperation mit dem Dresdner Medienhaus DDV eine ostwestfälische Ausgabe des digitalen Boulevard-Portals Tag24.de ins Leben gerufen. Diese Kooperation ist Teil eines gesteigerten Austauschs beider Verlagshäuser über Themen des herkömmlichen Verlagsgeschäfts, aber auch der Entwicklung von neuen Geschäftsfeldern und insbesondere über Digitalisierungsschritte. Nicht zuletzt sind beide Unternehmen Mitgesellschafter der oben erwähnten zWelten GmbH.

Die **DDV Mediengruppe** (Dresden) hat mit dem neugegründeten Tochterunternehmen „Die Mehrwertmacher“ ein neues Kompetenzzentrum für technische Verlagssdienstleistungen und Strategieentwicklung etabliert. Im wichtigen Geschäftsfeld Brieflogistik konnte im Jahr 2016 ein neues Sortierzentrum in Betrieb genommen werden, in dem täglich rund 360.000 Sendungen verarbeitet werden können. Dies war ein wichtiger Schritt des weiteren Ausbaus von Wachstumsfeldern jenseits des klassischen Zeitungsgeschäfts.



*Pressefreiheit und Qualitätsjournalismus sind wichtige Anliegen der ddvg. Darüber sprach Dietmar Nietan mit dem türkischen Journalisten Can Dündar am Rande des Bundesparteitages in Dortmund 2017. Foto: privat.*

Im Jahr 2016 ist es gelungen, den **Nordbayerischen Kurier** (Bayreuth) an den Verbund der **Mediengruppe Hof, Coburg, Suhl (HCS)** heranzuführen. Die Eigenständigkeit der Bayreuther Redaktion wurde hierbei verbindlich vereinbart. Die ddvg bleibt über ihre Beteiligung an der Frankenpost (Hof) mittelbare Gesellschafterin des Nordbayerischen Kurier. Mit der Frankenpost als 65%igem Mehrheitsgesellschafter wurden klare Strukturen geschaffen, die dem Unternehmen im Verbund mit der Mediengruppe eine neue Entwicklungsperspektive bieten. Auch die Mediengruppe HCS selbst ist durch den Erwerb der Mehrheit am Nordbayerischen Kurier erheblich gestärkt worden.

Über die schwierige Entscheidung im Jahr 2015, die Zeitungsdruckerei der **Madsack Mediengruppe** in Hannover zu schließen, hat bereits der letzte Finanzbericht informiert. Letztlich konnte im Jahr 2016 ein Sozialplan vereinbart werden, von dem auch die Arbeitnehmerseite sagt, dass „die Verlagsgesellschaft Madsack ihrer sozialen Verantwortung nach (gekommen ist)“.

Mittlerweile ist das Restrukturierungsprogramm der Madsack Mediengruppe unter dem Namen Madsack 2018 in nahezu vollem Umfang abgearbeitet. Das Unternehmen bleibt stabil in der Gewinnzone und hat z.B. mit der Akquisition in heinekingmedia (Digital Out-of-Home Produkte) weitere wichtige Schritte hin zu digitalen Geschäftsmodellen unternommen.

### Positive Ergebnisse der ddvg

Das Betriebsergebnis der ddvg zeigt mit 4,6 Mio. EUR (2015) und 7,5 Mio. EUR (2016) ein durchgängig positives Bild. Hierzu hat beigetragen, dass 2016 nach längerer Pause aufgrund von Restrukturierungen wieder erste Gewinnausschüttungen aus der Verlagsgesellschaft Madsack vereinbart werden konnten.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit in Höhe von 9,8 Mio. EUR (2015) bzw. 10,3 Mio. EUR (2016) spiegelt die robuste Verfassung der ddvg wider.

Der Schwerpunkt des Portfolios der ddvg war, wie oben erwähnt, auch im Berichtszeitraum das regionale Verlagssegment. Die Beteiligungsergebnisse aus den Medienbeteiligungen beliefen sich auf 8,8 Mio. Euro (2015) bzw. 11,0 Mio. Euro (2016). Auf die Ergebnisse haben sich unter anderem auch die mit der Einführung des Mindestlohns verbundenen Kosten (nicht zuletzt die Administrationsaufwendungen) ausgewirkt. Im Übrigen haben sich auch die Mehraufwendungen für die Pensionsrückstellungen einiger Unternehmen bedingt durch die anhaltende Niedrigzinssituation fortgesetzt.

### Weitere Geschäftsbereiche

Das Tourismusgeschäft hat sich deutlich erholt. Der SPD-Reiseservice konzentriert sich auf sein Kerngeschäft mit weiter wachsendem Zuspruch aus Mitgliedschaft und Umfeld der Partei.

Die Serviceangebote für die SPD und deren Mitglieder konnten im Jahr 2016 deutlich erweitert werden: Zum 1. Januar 2016 hat die IMAGE Ident Marketing GmbH sämtliche Aktivitäten des bisherigen internen SPD-Shops und des IMAGE-Shops unter einem Dach zusammengeführt.

## 5. FINANZEN DER GESAMTPARTEI FÜR DAS JAHR 2015 IM VERGLEICH

Die SPD konnte im Jahr 2015 Gesamteinnahmen in Höhe von insgesamt 156,8 Mio. EUR verzeichnen. CDU und CSU zusammen verzeichneten Einnahmen in Höhe 202,4 Mio. EUR.

Neben den Einnahmen aus der staatlichen Teilfinanzierung bleiben für die SPD die Zahlungen der Mitglieder die wichtigste Einnahmequelle. Der Anteil durch Beitragszahlungen belief sich auf 31,6 Prozent. Rechnet man die Anteile der Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge zusammen, finanziert sich die SPD zu 47,8 Prozent, die CDU zu 39,7 Prozent und die CSU zu 22,7 Prozent aus Beiträgen.

Im Vergleich zu den Unionsparteien erhält die SPD sehr viel weniger Spenden. Das betrifft vor allem die Großspenden aus der Wirtschaft und von vermögenden Privatpersonen. Spenden machen somit nur einen kleinen Teil unserer Einnahmen aus.

In absoluten Zahlen haben CDU und CSU zusammen 25,7 Mio. EUR an Spenden erhalten, die SPD hat im Jahr 2015 9,8 Mio. EUR Spenden erhalten.

Einerseits bedeutet dies, dass die SPD über ein hohes Maß an Unabhängigkeit verfügt, es bedeutet aber auch, dass der Finanzbedarf durch andere Quellen bestritten werden muss. Auch im Jahr 2015 profitiert die SPD vom Unternehmensbereich und dem Vermögen, dass sie sich in ihrer über 150jährigen Geschichte aufgebaut hat. Die Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen sowie aus sonstigem Vermögen betragen rund 9 Mio. EUR.

Die Ausgaben der Gesamtpartei beliefen sich im Jahr 2015 auf 133,7 Mio. EUR, CDU und CSU zusammen gaben 166,1 Mio. EUR aus.

Für Personal und den laufenden Geschäftsbetrieb wendete die SPD 57,4 Prozent ihrer Ausgaben auf.

Ende 2015 betrug das Reinvermögen der SPD 202,1 Mio. EUR. Die Unionsparteien hatten zusammen ein Reinvermögen von 186,2 Mio. EUR.

*Es werden die Daten aus den Rechenschaftsberichten des Jahres 2015 zugrunde gelegt, da die Rechenschaftsberichte für das Jahr 2016 noch nicht veröffentlicht sind.*

## Rechenschaftsberichte der im Bundestag vertretenen Parteien im Vergleich für das Jahr 2015

	SPD		CDU		CSU	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%
<b>Einnahmen</b>						
Mitgliedsbeiträge	49.594.159	31,62	38.229.329	26,67	9.790.889	16,57
Mandatsträgerbeiträge & ähnl. regelm. Beiträge	25.424.510	16,21	18.635.491	13,00	3.612.382	6,11
Spenden von nat. Pers.	8.029.565	5,12	13.319.551	9,29	3.778.862	6,40
Spenden von jur. Pers.	1.796.228	1,15	6.389.356	4,46	2.189.582	3,71
Einn. aus Unternehmens- tätigkeit u. Beteiligungen	2.184.004	1,39	0	0,00	0	0,00
Einn. aus sonst. Vermögen	6.804.817	4,34	4.211.830	2,94	18.680.575	31,62
Einn. aus Veranstalt., Vertrieb von Druckschr. etc.	12.346.752	7,87	12.343.249	8,61	6.429.115	10,88
Staatliche Mittel	50.081.284	31,93	49.256.341	34,36	13.416.265	22,71
Sonstige Einnahmen	579.809	0,37	977.134	0,68	1.178.764	2,00
<b>Gesamt</b>	<b>156.841.127</b>	<b>100,00</b>	<b>143.362.282</b>	<b>100,00</b>	<b>59.076.434</b>	<b>100,00</b>
<b>Ausgaben</b>						
Personalausgaben	48.806.677	36,50	43.064.806	35,44	10.904.014	24,44
Lauf. Geschäftsbetrieb	27.966.840	20,92	27.622.153	22,73	8.172.226	18,32
Allg. politische Arbeit	33.876.156	25,34	32.697.898	26,91	14.979.692	33,58
Wahlkämpfe	12.536.753	9,38	13.319.474	10,96	424.437	0,95
Vermögensverwaltg. einschl. sich hieraus ergebend. Zinsen	10.293.836	7,70	2.888.011	2,38	9.686.318	21,71
sonstige Zinsen	144.593	0,11	273.312	0,22	254.404	0,57
sonstige Ausgaben	83.749	0,06	1.649.506	1,36	189.664	0,43
<b>Gesamt</b>	<b>133.708.603</b>	<b>100,00</b>	<b>121.515.161</b>	<b>100,00</b>	<b>44.610.755</b>	<b>100,00</b>
<b>Überschuss/Defizit</b>	<b>23.132.524</b>		<b>21.847.122</b>		<b>14.465.680</b>	
<b>Reinvermögen</b>	<b>202.128.198</b>		<b>149.231.882</b>		<b>36.938.372</b>	

CDU/CSU		Grüne		Die Linke		
EUR	%	EUR	%	EUR	%	
						<b>Einnahmen</b>
48.020.218	23,72	8.861.012	22,15	9.353.020	33,47	Mitgliedsbeiträge
22.247.873	10,99	9.631.746	24,08	4.438.884	15,88	Mandatsträgerbeiträge & ähnl. regelm. Beiträge
17.098.413	8,45	3.613.285	9,03	1.900.934	6,80	Spenden von nat. Pers.
8.578.937	4,24	580.652	1,45	1.723	0,01	Spenden von jur. Pers.
0	0,00	915	0,00	0	0,00	Einn. aus Unternehmens- tätigkeit u. Beteiligungen
22.892.405	11,31	123.743	0,31	117.924	0,42	Einn. aus sonst. Vermögen
18.772.364	9,27	650.966	1,63	251.547	0,90	Einn. aus Veranstalt., Vertrieb von Druckschr. etc.
62.672.607	30,96	15.098.450	37,75	10.959.391	39,22	Staatliche Mittel
2.155.899	1,06	1.436.884	3,59	922.269	3,30	Sonstige Einnahmen
<b>202.438.716</b>	<b>100,00</b>	<b>39.997.653</b>	<b>100,00</b>	<b>27.945.692</b>	<b>100,00</b>	<b>Gesamt</b>
						<b>Ausgaben</b>
53.968.820	32,49	14.334.737	46,19	10.088.599	45,02	Personalausgaben
35.794.379	21,55	6.206.492	20,00	4.737.416	21,14	Lauf. Geschäftsbetrieb
47.677.590	28,70	7.492.778	24,14	6.326.687	28,23	Allg. politische Arbeit
13.743.911	8,27	2.588.673	8,34	1.195.943	5,34	Wahlkämpfe
12.574.329	7,57	284.834	0,92	16.915	0,08	Vermögensverwaltg. einschl. sich hieraus ergebend. Zinsen
527.716	0,32	785	0,00	3.984	0,02	sonstige Zinsen
1.839.170	1,11	127.736	0,41	42.037	0,19	sonstige Ausgaben
<b>166.125.915</b>	<b>100,00</b>	<b>31.036.034</b>	<b>100,00</b>	<b>22.411.581</b>	<b>100,00</b>	<b>Gesamt</b>
<b>36.312.801</b>		<b>8.961.619</b>		<b>5.534.110</b>		<b>Überschuss/Defizit</b>
<b>186.170.254</b>		<b>42.836.581</b>		<b>29.118.366</b>		<b>Reinvermögen</b>

**PARTEITAG BERLIN, 7. bis 9. Dezember 2017**